



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, George: Das allslawische Problem und der deutsche Nationalstaat.

2

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Schauungen anpassen, so stünden wir binnen kurzem in einem unabsehbaren wüsten Kampfe aller gegen alle. Ließe man den Heerlagern hüben und drüben mit ihren hundertfach verzweigten Organisationen freie Hand zu einer Machtsprobe, unbekümmert um die Folgen einer solchen Auseinandersetzung für das gesamte Wirtschaftsleben, so wäre damit das Recht und die Diktatur des Stärkern proklamiert. Die Allgemeinheit könnte solche Gewaltakte nicht dulden, sie verlangt nach einem gerechten Ausgleich unter vorsichtiger Abwägung der gegenüberstehenden Interessen, durch Vermittlung und Entscheidung der gesetzgebenden Faktoren. Dieser „Gerechtigkeit“ will auch Herr von Bethmann-Hollweg nach Maßgabe seines Könnens zu ihrem Rechte verhelfen, nicht durch ein Übermaß neuer Gesetze, sondern durch den sozialen Geist, der die Materie durchdringt. Der Staatssekretär hat in seiner feinen, nach allen Seiten verbindlichen Tonart aus einer solchen Gesinnung heraus zu den konkreten Fragen Stellung genommen. Er sieht die sich allmählich vollziehende Umwandlung der individualistischen Volkswirtschaft in eine organisierte vor Augen, möchte aber in diesen natürlichen Entwicklungsprozeß nicht störend eingreifen, solange sich nicht unleidliche Auswüchse bemerkbar machen. Er warnt vor den „eisernen Klammern“ des Koalitionszwangs; er will das Problem der Tarifverträge durch praktische Bewährung ausreifen lassen; er rechtfertigt die „schwarzen Listen“ als ein Gegenstück zu Boykotts und Streiks, verwirft aber deren rücksichtslose Anwendung als eine Untergrabung sozialer Ethik; er will durch die Einrichtung paritätischer Arbeitskammern schreiende Dissonanzen mildern. Der Reichstag hat sein Vertrauen zu diesem „Kurse“ bekundet; möge die „antisoziale“ Opposition außerhalb des Reichstags mit sich zu Räte gehn, ob ihr Mißtrauen gegen den neuen Minister für Sozialpolitik gerechtfertigt ist.


Valentinian



Das allslawische Problem und der deutsche Nationalstaat

Von George Kleinow

2

 enn wir uns nun den Slawen in Österreich zuwenden, so muß hervorgehoben werden, daß sie nicht das direkte Interesse des Reichs in Anspruch nehmen, wie in Rußland, solange die habsburgische Monarchie wirklich Anspruch darauf erheben kann, ein deutscher Staat zu sein. Besonders gilt das von den Südslawen, dann aber auch von den Tschechen. Nicht so ohne weiteres von den Polen. Denn gerade die überaus geschickte Politik der Polen ist es, die die systematische

Slawisierung Österreichs möglich gemacht und erst den tschechischen, später den südslawischen Forderungen den Weg geebnet hat.

Die Polen haben in Österreich ebenso wie in Rußland steigenden Einfluß auf die Fragen der großen Politik gewonnen. Eigentlich schon von 1866 an sind sie auch in der innern Politik die Vermittler zwischen dem Kaiser und den einzelnen Nationalitäten gewesen. In dieser Stellung waren sie für die österreichisch-ungarische Politik geradezu unentbehrlich — freilich unentbehrlich mit Einschränkung. Denn diese Politik ging seit dem von Goluchowski geschaffnen Oktoberdiplom von 1860 geradezu — ob bewußt oder unbewußt, ist hier ohne Belang — auf Umwandlung der habsburgischen Monarchie aus einem Einheitsstaat in einen Föderativstaat aus. Es heißt nämlich im Diplom (Kolmer, Band 1, Seite 40 bis 41): „Im Interesse unsers Hauses und unsrer Untertanen ist es unsre Regentenpflicht, die Machtstellung der österreichischen Monarchie zu wahren und ihrer Sicherheit die Bürgschaften klar und unzweideutig feststehender Rechtszustände und einträchtigen Zusammenwirkens zu verleihen. Nur solche Institutionen und Rechtszustände, welche dem geschichtlichen Rechtsbewußtsein, den bestehenden Verschiedenheiten unsrer Königreiche und Länder und den Anforderungen ihres unteilbaren und unzertrennlichen kräftigen Verbandes gleichmäßig entsprechen, können diese Bürgschaften in vollem Maße gewähren.“*)

Die Dezemberverfassung gewährte gegen die hieraus seitens der Mehrheit gezogenen Konsequenzen keinen Schutz. Mit Ausnahme der Polen drängten alle Slawen auf Föderation. Die Polen begnügten sich mit der Erweiterung ihrer autonomen Rechte. „Sie wollten, wie der Abgeordnete Grocholski meinte, keine Kantonalisierung Österreichs.“ Dieser Stellung der einzelnen Nationalitäten entsprach die Haltung der Mehrheit im Kabinett Taaffe-Potocki, die im Memorandum vom 18. Dezember 1869 zum Ausdruck kam. Somit erkannten die Polen richtig, daß sie mit Hilfe der Zentralgewalt und der deutschen Magnaten alle autonomen Rechte erlangen konnten, deren sie bedurften, um später den maßgebenden Einfluß zu erhalten. Den seitens der Polen eingeschlagenen Weg hier im einzelnen zu verfolgen, würde, so interessant er ist, zu weit führen.

*) Auf das ausgezeichnete Werk von Dr. Gustav Kolmer „Parlament und Verfassung in Österreich“ (vier Bände; Wien und Leipzig, Karl Fromme, 1902 bis 1908) sei hier ganz besonders hingewiesen. Es ist ein Quellenwerk ersten Ranges, das in keiner Redaktionsstube und in keiner Handbibliothek von Politikern fehlen sollte. — Zur Beurteilung der Polenfrage, des allslawischen Problems und nicht zuletzt auch zur Beurteilung der politischen Kämpfe des Deutschtums seit 1849 finden wir in dem Werk das gesamte parlamentarische Material zusammengestellt. Neben dem Politiker wird auch der Forscher in dem Werk finden, was er zur Anregung und zum Nachweis von Quellen auf dem behandelten Gebiet braucht. Ein sehr sorgfältig und mit großer Umsicht angelegtes Sachregister wie auch ein Namenregister machen das umfangreiche Werk zu einem übersichtlichen Nachschlagebuch. Mit Ungeduld sehen wir dem Erscheinen des fünften Bandes entgegen.

Im April 1870 feierten sie ihren ersten großen Sieg in der allgemeinen Politik Österreichs durch die Berufung eines besondern galizischen Ministers in das Wiener Kabinett. Seit 1870 ist also der polnische Einfluß auf das Kabinett mindestens durch ein polnisches Mitglied gesichert. In Wirklichkeit gibt es, glaube ich, seit vierzig Jahren kein österreichisches Kabinett, dem nicht mindestens zwei Polen angehörten, wenn wir das gegenwärtige nicht rechnen. Unter diesen Bedingungen kann es kaum auffallen, daß es schon im Jahre 1872 den Polen gelungen war, „das deutsche Element in den Städten Galiziens fast völlig zu verdrängen oder zu polonisieren“ (Kolmer II, Seite 163.)* Die Polen haben durch das Mißlingen des letzten Aufstandes gelernt, sich in ihrer politischen Betätigung weise Mäßigung aufzuerlegen. Die oft und arg gescholtene Partei der Stanczyken hat sich in dieser Beziehung unbedingt große Verdienste um die Nation erworben.

Die sich tatsächlich vollziehende Stärkung der polnischen Position in Österreich ist aber dann vor allen Dingen durch den Egoismus der deutschen Magnaten möglich geworden. Die deutschen Magnaten haben ihre kulturelle und politische Mission in Österreich durchaus verkannt. Sie sahen ihr Interesse nicht in einem Zusammengehn mit den mittlern und den untern Schichten des Deutschtums, sondern in einem solchen mit den klerikalen Magnaten aller Nationen. Sie waren unter dem Deckmantel des Österreichertums international wie die Führer der Sozialdemokraten.

In der Ara Taaffe von 1879 bis 1893 sollten die natürlichen Folgen jener selbstsüchtigen Politik ausreifen und zu ihrem Recht kommen. Der einstige deutsche Bundesstaat, der auf dem Frankfurter Fürstentag im Jahre 1863 noch die Vorherrschaft unter den deutschen Staaten verlangte, aber schon 1866 durch den Prager Frieden ausgeschlossen war und sich durch den Dualismus zu dem österreichisch-ungarischen Staatenbund umgestaltet hatte, sollte nun in der zisleithanischen Hälfte zu einem polyglotten, föderativ geeinigten Staatenbund der Königreiche und Länder umgewandelt werden, worin sich das zahlenmäßige Übergewicht der slawischen Stämme selbst zur Geltung bringen konnte.

Die Dezemberverfassung, die auf Österreich als auf einem deutschen Staate fußte, hielt dem nationalen Ansturm nicht stand, und unter ihren Trümmern, meint Kolmer nicht mit Unrecht, wurden nicht nur die Grundfesten der bürgerlichen Freiheit, sondern auch die deutsche Vergangenheit Österreichs verschüttet. Die Slawisierung Österreichs setzte mächtig ein. Die Verdrängung der deutschen Elemente aus der Beamtenschaft, der Kampf gegen die deutsche Sprache in allen Ländern der Krone Habsburg, die Boykottbewegung gegen die Erzeugnisse deutschen Fleißes sind die äußern Anzeichen dafür.

Durch die Koalition der deutsch-klerikalen mit den slawisch-nationalen Elementen wurde die deutsche Opposition gelähmt, deren durch die Geschichte

*) Vergleiche meinen Aufsatz Deutsch-slawische Beziehungen in Nr. 1 der Grenzboten von 1909, S. 13 ff.

berufne Führer im feindlichen Lager standen. Sie trug darum den Keim der Zerfetzung in sich und ermangelte der Fähigkeit, zusammenzustehn in dem Maße, als sich ihre Mißerfolge häuften, ihre Gruppen sich untereinander zerfleischten, und, ich lasse hier wieder Kolmer sprechen, als ein großer Teil von den Deutschen dem Demagogentum und der Reaktion in die Arme lief. An der heutigen Uneinigkeit der Deutschen in Österreich ist — ich möchte das noch einmal unterstreichen — in allererster Linie das Magnatentum schuld; erst wenn dieses in Österreich überwunden sein wird durch eine nationale und doch liberale Demokratie, dann können wir auch mit einer politischen Gesundung des Deutschtums in Österreich rechnen. Freilich dürfen uns die Slawen mit ihren Einigungsbestrebungen nicht zuvorkommen. Die Los-von-Rom-Bewegung ist, ohne ihre praktische Bedeutung überschätzen zu wollen, ein vorläufiges Symptom für die ankündende Genesung, und es wäre zu wünschen, daß sich nun auch eine energische Reaktion gegen den Antisemitismus als ein weiteres bald bemerkbar machte. Denn die unter den Slawen zerstreut lebenden Juden, einschließlich der sechs Millionen russischer, sind unsre natürlichen Bundesgenossen gegen die vereinten Slawen. Ich habe mich gegen diese Auffassung lange gewehrt und erinnere mich deutlich, welches Unbehagen mir ein Artikel des Berliner Tageblatts verursachte — ich glaube von Hans Heinz Ewers —, der mir vor fünf Jahren in Kiew nach einer Besichtigung des Judenviertels in die Hände fiel. Nach dem eben Geschauten schien es mir geradezu als eine Beleidigung der eignen Nationalität, von einer Gemeinsamkeit der deutschen und der jüdischen Kulturinteressen zu sprechen. Bei der Verarbeitung des gesammelten Materials und dessen Betrachtung durch Klios Brille hat sich dann meine Ansicht geändert.

Doch kehren wir nach Österreich zurück. Dort hat für die Entwicklung der allslawischen Idee die Ara Taaffe eine außerordentlich große Bedeutung erlangt. Sie hat den übrigens noch immer nicht zustande gekommenen Ausgleich zwischen Polen und Tschechen vorbereitet. Die Tschechen waren stets Rußland freundlich, weil der russische Panlawismus deutschfeindlich war. Die Polen waren dagegen Rußland feindlich gesinnt, weil es der gefährlichste Gegner des Ultramontanismus ist. Das trennte die beiden Nationalitäten vornehmlich; hierzu kam trennend der verschiedene Standpunkt gegenüber der Politik des Reichsrats, solange in Galizien das konservativ-klerikale Element die Führung hatte, sowie schließlich der Gegensatz in Mähren und Schlesien. Die Tschechen haben ihre Politik der Obstruktion gegen die Zentralregierung vom Tage der Dezemberverfassung an aufgenommen. Sie haben sich dadurch von vornherein die Vermittlung ihres Adels gegenüber dem Monarchen verscherzt, der wie der deutsche auf der Seite der Polen und Klerikalen stand. Dabei waren sie politisch schlechter gestellt als die Polen, da sie von vornherein keine autonomen Rechte hatten. Doch haben sie dafür im Laufe der Jahre die Freundschaft der polnischen Demokraten eingetauscht, die von Lemberg aus wohl die polnischen

Magnaten in Krakau und Wien in Kulturangelegenheiten bekämpften, die Leitung der großpolnischen Angelegenheiten ihnen aber nicht ohne gewissen Takt überließen.

Für die großpolnische Sache war die Stellung der Polen im österreichischen Reichsrat so günstig wie nur möglich. Konnte doch in ein und derselben Sitzung der Minister polnischer Nationalität für die deutschlandfeindliche Politik des Reichs sprechen, während der polnische Abgeordnete gleich darauf gegen sie auftrat. Auf der andern Seite konnte die polnische Sprachfrage dem Forum des Reichsrats entzogen und ausschließlich im Landtag zu Lemberg behandelt werden. In Lemberg erwiesen sich aber die Stanczyken als Reaktionäre und betrachteten getreu der Geschichte ihrer Vorfahren die Bildung als ein Privileg der Besitzenden. Dadurch gerieten sie nicht nur in Gegensatz zu den Ruthenen, sondern auch zu ihren eignen demokratischen Stammesbrüdern. Die Tschechen ihrerseits erhielten zwanzig Jahre später als die Polen ebenfalls einen Landsmannminister und durch ihn Einfluß auf die Zentralregierung.

Die polnischen und tschechischen Demokraten konnten sich alsdann in dem gemeinsamen Bestreben nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts finden. Ihm gesellte sich der Wunsch bei, die wirtschaftliche Konkurrenz der Deutschen niederzuwerfen. Die also verbündeten Westslawen haben dieses Ziel im Jahre 1906 erreicht, unterstützt von den Südslawen, deren politische Aufrüttlung sich die Tschechen angelegen sein ließen.

Die Slawisierung Österreichs hat somit wenigstens in der innern Politik im Laufe der letzten Jahrzehnte ganz außerordentlich große Fortschritte gemacht. Vollendet aber — wenigstens in politischer Beziehung — kann sie nur werden: entweder durch die Beseitigung der konservativ-kerikalen Magnaten auf dem Wege sozialer Revolution oder durch Übertritt der Magnaten auf die Seite der einzelnen slawischen Nationalitäten. Mancher in Böhmen wohnende Edelmann mit deutschem Namen hat schon sein tschechisches Herz erkannt, und mancher dürfte noch zu dieser Erkenntnis kommen, wenn es dem Deutschtum nicht gelingen sollte, seinen alten Einfluß wieder zu gewinnen. Damit aber würden die nach altem Herkommen zu Beratern der Krone gewählten Männer nicht nur als Vertreter der deutschen Sache aus der innern Politik ausscheiden, sondern auch aus der äußern. Ich sehe diese Möglichkeit als wahrscheinlich an, da es mir ausgeschlossen erscheint, daß der weitem Demokratisierung der Politik in Österreich, das ist gleichbedeutend mit Slawisierung, anders als durch Staatsstreich und Blutvergießen ein Halt geboten werden könnte.

* * *

Wer das Volksempfinden als den letzten und mächtigsten Pfeiler politischen Lebens anerkennt, wird auch ohne weiteres damit einverstanden sein, wenn ich die in Rußland und Österreich angebahnte Ideenentwicklung als

eine Gefahr sowohl für das heutige Deutsche Reich wie für die deutsche Nationalität überhaupt bezeichne. Ich behaupte nicht, daß die Gefahr akut ist, aber ich bin überzeugt, daß sie uns umschleicht, um sich in einem gegebenen Augenblick auf uns zu stürzen. Wann dieser Augenblick eintreten wird, vermag natürlich niemand weder von uns noch von den slawischen Führern zu sagen, denn wir sind keine Propheten. Wohl aber sind wir und jene imstande, uns aus den uns umgebenden politischen, sozialen, wirtschaftlichen und nationalen Zuständen sowie aus der Geschichte die Verhältnisse zu veranschaulichen, unter denen die Gefahr akut werden kann. Meine Ausführungen seien deshalb mit einem kurzen Ausblick auf die gedachten Verhältnisse beschlossen.

Zweifellos liegt der am meisten kritische Moment in den künftigen Beziehungen zwischen den Slawen in ihrer Gesamtheit und dem Deutschen Reich als Nationalstaat in dem Augenblick, wo der greise Herrscher in Wien der Politik den Rücken kehrt. Es ist keine Phrase, wenn Politiker behaupten, Osterreich werde überhaupt nur durch den Kaiser zusammengehalten. Ein halbes Jahrhundert hat Kaiser Franz Joseph am Steuer seines Staatsschiffes gestanden und sich in dieser Zeit bei allen Parteien und Nationalitäten eine Achtung und Verehrung erworben, die weit über das Maß hinausgeht, das sonst auch beliebten Monarchen von ihren Völkern entgegengebracht wird. Das persönliche Verhältnis des Volkes zum Monarchen zwingt gegenwärtig selbst die radikalsten Führer, sich zu mäßigen. Ob Deutsche, Tschechen oder Polen — solange der greise Herrscher an der Spitze steht, dürfte es kein Sozialist wagen, das Volk zum Sturm gegen die Monarchie aufzufordern. Gegen das Ministerium — ja! gegen die verhassten Deutschen ja! — nicht gegen die Krone!

Diese Rücksicht fällt weg, sobald ein junger Monarch die schwere Last der Krone Habsburg auf sich nimmt. Was müßte er tun, um die stärksten Kreise in der Gesellschaft an sich zu fesseln? Könnte er die Politik des allmählichen Zurückweichens vor den slawischen Forderungen noch ein Menschenalter hindurch fortsetzen und dadurch den Sieg der Polen und Tschechen über das Deutschtum unabwendbar machen? Könnte er sich an die Spitze der Deutschen oder der Polen stellen und einem von ihnen dadurch zur Hegemonie in Osterreich verhelfen? Wer könnte die sich aufdrängenden Fragen beantworten?! Auch ich möchte den Versuch nicht wagen. Die angedeutete Situation kann jeden Augenblick eintreten, und obwohl alle Welt darauf vorbereitet ist, würde sie doch immer als eine gewaltige Überraschung wirken — würde sie zu früh kommen. Denn mit ihr werden so unendlich viel Verbindlichkeiten gelöst, daß sie bisher von niemand vollständig überschaut werden können.

Weniger plötzlich und von langer Hand vorbereitet entwickeln sich die Verhältnisse auf dem Gebiete der internationalen Politik. Sind sie auch nicht jedem Politiker gegenwärtig, so lassen sie sich durch ein eingehendes Studium feststellen. Bisher ist für das Studium dieser Frage von deutscher

Seite herzlich wenig getan worden, um so mehr von den Polen, Tschechen und neuerdings auch von den Russen.

In dem Maße, wie die allslawischen Bestrebungen in Österreich an Boden gewinnen und das slawische Element die Oberhand in der Politik nimmt, wird Rußland genötigt sein, auch die von den gebildeten Kreisen angestrebte Ausöhnung mit den Polen in das Programm der amtlichen Politik aufzunehmen oder aber auf seinen Einfluß auf die Tschechen und Südslawen zu verzichten. Die Polen sind für Rußland ein Kulturfaktor, den jene weiten Schichten der russischen Gesellschaft gern bei sich aufnehmen, die unter der Bezeichnung „Westler“ bekannt sind.

Rußland müßte aufhören, die eignen Polen zu bekämpfen, und müßte sich selbst zum Träger der polnischen Pläne machen, die auf die Gewinnung der ehemals polnischen Lande Preußens einschließlich der Weichselmündung ausgehen. Wir haben im ersten Teile dieses Aufsatzes*) angedeutet, wo Rußland für eine solche Politik Bundesgenossen finden könnte.

Der hauptsächlichste Widerstand hiergegen liegt bei der russischen Geistlichkeit und bei einem Teil der Moskauer und südrussischen Industrie. Es hängt nun meines Erachtens besonders von der innern Zerfegung der russischen Kirche ab, die — das sei hervorgehoben — schon sehr stark vorgeritten ist, ob und wann die genannten Widerstände beseitigt werden können. Gegenwärtig gibt es noch einige einflußreiche Männer in Rußland, die bereit wären, das Partum Polen bis zur Weichsellinie an Preußen abzutreten — nicht an Österreich. Aber ich glaube, in etwa fünfzehn Jahren wird auch diese Richtung vollständig verschwunden sein. Die junge Generation des Adels wächst schon heran, geleitet durch den Moskauer Kreis, der sich um die Namen Trubezkoj, Struve geschart hat.

Dennoch stehen wir nicht unbewehrt da. Gegen die oben angedeutete Gefahr können wir unsre preußische Ostmark schützen durch rücksichtslose Verdrängung des polnischen Einflusses. Das geschieht aber am besten durch Ansetzung deutscher Bauern und durch Aufteilung aller großen Güter, die nicht imstande sind, sich deutsche Arbeitskräfte zu halten. Unser Osten fordert im Interesse der Reichssicherheit gebieterisch eine tiefgreifende Reform der Agrarverhältnisse nach demokratischen, ja bodenreformerischen Grundsätzen, die vor der Verwaltungsreform nicht haltmachen darf.***) Das ist eine Aufgabe der nationalen Parteien in Preußen.

Die Gefahr von Osten wird meines Erachtens gemildert durch ein slawisches und demokratisches Österreich. Ein solches ist der natürliche Gegner Rußlands auf dem Balkan — es ist der geborne Feind des reaktionären

*) Grenzboten Heft 11.

**) Vergleiche hierzu meine Reisebriefe aus der Ostmark im Sommer 1908. Grenzboten Nr. 33, 35, 37, 39.

Moskowitzertums. Wie heute die katholische Propaganda in den russischen Westgouvernements hauptsächlich von Galizien ausgeht, so muß ein demokratischer Slawenstaat auch die nationale Begehrlichkeit der Kleinrussen, Ruthenen, Ukrainer entwickeln, die in Rußland noch viel schlechter behandelt werden als die Ruthenen in Galizien.

Das hier angedeutete Problem ist uns in Deutschland so gut wie unbekannt. Das einzige Organ, das uns bisher darüber unterrichtet hat, ist die Ruthenische Revue in Wien. Diese Unterweisung aber war und ist einseitig. Aus der Slawisierung Österreichs erwachsen dem Deutschen Reiche Pflichten, die wir heute noch gar nicht überschauen, denen wir uns aber wohl kaum werden entziehen können, wenn wir auf unsern stolzen Staatsbau die Bezeichnung „deutscher Nationalstaat“ auch fernerhin mit Recht anwenden wollen.


Die Aufgabe, die sich in dieser Beziehung gegenwärtig für uns ergibt, ist das Studium slawischer Verhältnisse in Österreich, der Lage der Litauer, Kleinrussen und Juden in Galizien und Rußland. Dieses Studium sollte nicht der Wissenschaft allein vorbehalten bleiben, die gewöhnlich post festum kommt, sondern vor allen Dingen der nationalen Presse aufgetragen werden. Die Presse soll wenigstens nach dem Vorbilde der englischen einwandfreies Material zusammentragen, damit es die berufenen Politiker der Regierung und der Parlamente im gegebenen Augenblick zur Hand haben. Das allslawische Problem ist keine Frage der Vergangenheit oder der Zukunft, sondern eine solche der Gegenwart.

Friedenau, Mitte Februar 1909



Städtische Anleihen und ihre Organisation

1

 er deutsche Städtetag hat sich im Jubiläumsjahre der preussischen Städtordnung aufs neue mit der Frage befaßt, auf welche Weise am besten die neuerdings ins Unendliche gewachsenen Kommunalanleihen beschafft werden können. Die Aufgabe der Finanzwirtschaft staatlicher und kommunaler Körperschaften besteht bekanntlich nicht in der bloßen Kunstfertigkeit, die Einnahmen mit den Ausgaben der jeweiligen Finanzperiode in ein äußerliches Gleichgewicht zu bringen, als vielmehr darin, die Anforderungen und die Leistungsfähigkeit innerhalb der Wirtschaften in dauerndem Gleichgewicht zu erhalten. Hand in Hand mit den zunehmenden Aufwendungen geht die Frage nach der wirtschaftlichen Be-